Einführung in die Thematik

Karl Martin Born und Ulrich Harteisen

Ländliche Räume in Deutschland befinden sich gegenwärtig in einer Phase starker struktureller Veränderungen, die sich vor allem in einer Modifizierung der Daseinsvorsorge manifestiert. Wohlfahrtsstaatliche Paradigmen wurden von Überlegungen hinsichtlich der Wahrung einer Chancengerechtigkeit abgelöst und induzierten damit auch einen grundlegenden Wandel im Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat. Verkürzt ausgedrückt sollen Bürgerinnen und Bürger mehr Verantwortung für die Entwicklung ihres Dorfes übernehmen.

Die Beobachtung dieser Veränderungen führten im Jahre 2015 zur Beantragung eines Promotionsprogramms mit dem Titel „Dörfer in Verantwortung – Chancengerechtigkeit in ländlichen Räumen sichern“, an dem die Universität Vechta, die Leibniz Universität Hannover und die Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen beteiligt waren.

Das Promotionsprogramm setzte sich als Ziel, die vielfachen Implikationen dieses Prozesses zu untersuchen und dabei insbesondere die folgenden Fragen zu klären:

- (1) Welche Voraussetzungen müssen vorliegen, damit Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner Verantwortung übernehmen können?
- (2) Für welche funktionalen Aufgabenbereiche sollen und können Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner Verantwortung übernehmen?
- (3) Wie organisieren Dorfgemeinschaften die Übernahme von Verantwortung auf zwischen-dörflicher Ebene?
- (4) Welche übergeordnete Verantwortung übernehmen Dörfer heute und in Zukunft für Dritte?

Aus den Fragen lässt sich ableiten, dass ländliche Räume nicht nur Verantwortungsräume sein sollen, sondern gleichermaßen auch Ermöglichungsräume bieten müssen: Zum einen zur Ermöglichung übertragener Funktionen im Sinne der oben geschilderten Verantwortungsräume, zum anderen aber auch zur Ermöglichung der Sicherstellung der Funktionen, für die sie die ausschließliche Verantwortung haben. Das theoretische Konstrukt der Ermöglichungsräume kann als steuerungsschwache Umsetzung der Verantwortung interpretiert werden.

Teilhabe als eigenständige Diskursfigur im Kontext „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen“ impliziert, dass diese nicht überall vollständig ausgebildet sein kann; ge-

rade dadurch werden Ermöglichungsräume legitimiert, da in ihnen Teilhabe nicht vorhanden, aber ermöglicht wird. Letztlich ergeben sich hier Anknüpfungspunkte zu den Verantwortungsräumen, da somit jede Region die Verantwortung dafür trägt, auf welchen Feldern sie Teilhabe ermöglicht. Damit verbunden stellen sich Herausforderungen zur Entwicklung neuer Formen sozialer Teilhabe, die in Dörfern erprobt und dann in andere Räume übertragen werden könnten.

Die Ziele und Umfänge der Ermöglichung werden durch neue Steuerungsformen geprägt: Bürgerschaftliches Engagement, neue Public-Private-Partnerships, neue Genossenschaftsmodelle und neue technische Standards bieten hierbei innovative Rahmungen, die allerdings erst im Spannungsfeld zwischen Verantwortung und Ermöglichung ausgefüllt werden müssen.

Damit einhergehend werden Fragestellungen aktuell, die wesentlich auf die Ermöglichung und Übernahme von Verantwortung wirken: Die Reflektion überkommener Rollenbilder (Gender), tradierter sozialer Differenzierungsprozesse (Marginalisierung) und der herkömmlichen Differenzierung von Fremdheit (Zuwanderung) gewinnen an Bedeutung.

Letztlich geht es um die Ermöglichung der Bewältigung simultaner konträrer Prozesse in ländlichen Räumen wie der Schrumpfung (der Bevölkerung) auf der einen und des Wirtschaftswachstums auf der anderen Seite oder des Vorhandenseins von Leerständen im Innenbereich und der gleichzeitigen Ausweisung von Baugebieten. Bürgerinnen und Bürger können Verantwortung sowohl im eigenen Wirkungskreis des Dorfes wie auch übergeordnet für eine Region oder sogar die Welt insgesamt übernehmen.

Der vorliegende Sammelband umfasst 10 Beiträge der Stipendiatinnen und Stipendiaten, die um zwei weitere Beiträge mit thematischem Bezug ergänzt wurden.

Der erste Beitrag von *Zora Becker, Lien Lammers und Martin Wafsink* umreißt den Begriff der Verantwortung und bettet ihn in die gegenwärtigen Kontexte und Diskurse der Entwicklung ländlicher Räume ein. Die Verknüpfung regionalplanerischer, gesellschaftlicher und institutioneller Ebenen ermöglicht dabei einen für die weiteren Beiträge essentiellen Einblick in die theoretischen und anwendungsorientierten Hintergründe des Begriffs „Verantwortung“.

Diese eher kollektiv angelegten Zugänge zu Verantwortung als Triebfeder für die Verbesserung der Lebensbedingungen in ländlichen Räumen ergänzt *Ines Lüder* dann um eine Betrachtung des individuellen Handelns für historische Gebäude und die damit verbundene Baukultur. Eine intensive Analyse der Baukultur in ihrem Untersuchungsgebiet verbindet sie mit Fragen der Kontinuität bzw. der Diskontinuität von Nutzun-

gen, so dass eine funktionale Matrix für Wohn- und Nutzungsgebäude entsteht. Allerdings wäre diese Matrix ohne eine Berücksichtigung der spezifischen Baukultur und vor allem der Interessen der Eigentümer nicht vollständig. Es gelingt ihr herauszuarbeiten, wie bauliche Transformation zwischen Abbruch und Musealisierung im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und bauhistorischer Wertschätzung oszillieren kann und sich so fünf Typen von Eigentümern differenzieren lassen.

Verantwortungsübernahme ist häufig eng mit Defiziten der Wohlfahrtsproduktion verbunden: Gerade in Klein- und Kleinstsiedlungen sind die Menschen gefordert, informelle Unterstützungsangebote zu entwickeln. *Julia Weigt* widmet sich dieser spezifischen Perspektive anhand hochaltriger Menschen und arbeitet heraus, dass die gegenwärtigen gerontologischen Lösungsansätze nur eingeschränkte Wirkung entfalten. Anhand von zwei Fallstudien stellt sie dar, wie Bewältigungsstrategien strukturiert sind und welche Handlungsansätze Individuen entwickeln, um einerseits ihre eigene Lebenswirklichkeit zu bewältigen und andererseits Leistungen für andere Menschen anzubieten. Auf den Hintergrund dieser gewachsenen Verantwortungsübernahme stellt sie Fragen nach den Auswirkungen externer Interventionen oder Innovationen auf diese Strukturen.

Anja Neubauer-Betz greift eine ähnliche Fragestellung auf und untersucht, wie junge Menschen einen Beitrag für die Koproduktion der dörflichen Daseinsvorsorge leisten können. Ihr ressourcentheoretischer Ansatz analysiert die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr, der Sportvereine und der Jugendclubs und arbeitet eindrücklich heraus, dass das Postulat der Koproduktion zur Übernahme geteilter Verantwortung nicht nur von Ermöglichungsräumen i. S. einer Selbstgestaltung geprägt ist, sondern vielmehr die jeweiligen Ressourcen in den Blick genommen werden müssen.

Zur Daseinsvorsorge müssen auch kulturelle Angebote gezählt werden. Daher untersucht *Maria Rammelmeier* Wege zur Aktivierung der endogenen Ressource Kultur, wobei sie das Regionalmanagement als Akteur in Verantwortung sieht. Es gelingt ihr anhand zahlreicher Interviews Gelingens- und Hemmfaktoren herauszuarbeiten, die eine zielgerichtete kulturelle Entwicklung fördern oder verzögern können. Besondere Relevanz haben hier offenbar Netzwerke zwischen Kulturschaffenden selbst und Verbindungen zwischen den vielfältigen Institutionen, die kulturelle Aktivitäten fördern. Auch hier lassen sich im Hinblick auf die Übernahme von Verantwortung wiederum Fragmentierungen von Zuständigkeiten bzw. Unklarheiten hinsichtlich der Aufgabe erkennen.

Zora Becker setzt sich am Beispiel des Förderprogramms Dorfentwicklung in Niedersachsen mit Fragen der gemeinsamen Verantwortungsübernahme und der Ausgestaltung von Verantwortungsgemeinschaften im Dorfentwicklungsprozess auseinander. Hervorgehoben wird die Notwendigkeit einer stärkeren Fokussierung auf soziale Belange, was wiederum nur gelingen kann, wenn Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner zunehmend eine Mitverantwortung im Dorfentwicklungsprozess bekommen. Neben der Fachperspektive von Dorfentwicklerinnen und Dorfentwicklern wird deshalb auch die Alltagsperspektive von Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohnern in die Forschung einbezogen. Sie fragt nach der Eignung herkömmlicher planerischer Methoden der Dorfentwicklung und diskutiert, ob verbunden mit einer inhaltlichen Neuausrichtung und neuen Strukturen der Verantwortungsübernahme nicht auch Planungsmethoden weiterentwickelt werden sollten.

Nicola Seitz arbeitet heraus, welchen besonderen Bedingungen kleinere ländliche Gemeinden unterworfen sind, wenn sie ihre Haushalte finanzpolitisch nachhaltig gestalten wollen. Hierbei sind die Kommunen nicht nur gezwungen, verantwortungsvoll mit den gegenwärtig vorhandenen Ressourcen umzugehen, sondern auch mögliche Belastungen zukünftiger Generationen zu berücksichtigen. Es zeigt sich, dass ein komplexes System von Einflussfaktoren die Handlungsspielräume einschränkt. Zur Identifizierung der Handlungsspielräume entwickelt die Autorin Kriterien, die Entscheidungsträger unterstützen können.

Eine besondere Herausforderung im Kontext der Übernahme von Verantwortung stellen räumliche Konstellationen dar. *Matthias Galle* arbeitet an zwei Beispielen von Großschutzgebieten heraus, welche Aushandlungsprozesse auch auf dem Hintergrund einer erweiterten funktionalen Zuordnung zu beobachten sind. Im Ergebnis kann er festhalten, dass Großschutzgebiete zweifelsfrei die Übernahme von Verantwortung bspw. für die Naherholung durch ländliche Räume beinhalten. Allerdings bleiben Zweifel, ob im Hinblick auf die vielfältigen funktionalen Verantwortungsbereiche zwischen Stadt und Land die auf naturschutzbezogene Inhalte fokussierten Großschutzgebiete einen substantiellen Beitrag liefern können.

Martin Waßink thematisiert in seinem Beitrag die Aktivitäten eines seit 15 Jahren etablierten Netzwerkes zwischen kirchlichen und nicht-kirchlichen Akteuren in Nordostbayern. Es gelingt ihm dabei mittels einer Netzwerkanalyse die unterschiedlichen Rollen und Aufgabenbereiche der Akteure herauszuarbeiten und somit nachzuzeichnen, wie derartige Netzwerke die Übernahme und Teilung von Verantwortung strukturieren. Dabei spielen Fragen des Selbstverständnisses (Verantwortungsübernahme als Selbstverständlichkeit), der Handlungsorientierung (Handeln statt Reden) und der

Selbstreflektion (Rolle im Netzwerk) eine wesentliche Rolle. Motivations- und Demotivationsfaktoren, die aus den Interviews synthetisiert wurden, zeigen eine Asymmetrie zugunsten einer höherer Variabilität demotivierender Faktoren und geben somit wichtige Hinweise zur zukünftigen Gestaltung derartiger Netzwerke. Im Ergebnis können dann Wirkfaktoren in zivilgesellschaftlichen Netzwerken identifiziert werden.

Der Einfluss von Erfahrungen auf kommunale Verantwortungsübernahme im Umgang mit internationaler Migration steht im Mittelpunkt des Beitrags von *Lien Lammers*. Am Beispiel der niedersächsischen Samtgemeinde Sögel (Landkreis Emsland) geht sie der Frage nach, ob und wie sich Migrationserfahrungen der Vergangenheit auf den aktuellen Umgang mit Zuwanderung auswirken. In diesem Zusammenhang interessiert sie insbesondere die Wahrnehmung und Verteilung von Verantwortung für Migration sowie Gestaltungsspielräume auf kommunaler Ebene. Die Forschung ist vor dem Hintergrund der intensiven und auch kontroversen Debatte um den Umgang mit internationaler Migration, verstärkt geführt seit der erhöhten Zuwanderung geflüchteter Menschen im Jahr 2015 und mit Blick auf zukünftige Herausforderungen internationaler Migration von besonderem wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Interesse.

Im Rahmen des Forschungsvorhabens „Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Dorf“ wurden von einem interdisziplinären Team der Göttinger Fakultät Ressourcenmanagement der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen zwischen 2017 und 2020 in 19 Dörfern in Südniedersachsen die Standortmerkmale für Wirtschaftsunternehmen untersucht. Im Zentrum der sozial-empirischen Forschung stand eine Befragung aller Unternehmen in den Dörfern. Auch landwirtschaftliche Betriebe wurden zu diesen Unternehmen gezählt und dementsprechend in die Untersuchung einbezogen. *Marcus Cordier und Ulrich Harteisen* stellen in ihrem Beitrag ausgewählte Ergebnisse der Befragung und der Interviews der landwirtschaftlichen Betriebe vor. Landwirtschaftliche Betriebe haben über Jahrhunderte das Dorf und die umgebende Landschaft geprägt und damit auch Verantwortung für die Gestaltung von Dorf und Kulturlandschaft übernommen. Die Autoren analysieren, ob der seit Jahrzehnten andauernde und anhaltende Strukturwandel in der Landwirtschaft die Rolle und das Selbstverständnis des Landwirts oder der Landwirtin im Dorf verändert hat und welchen Einfluss mögliche Veränderungen auf die Bereitschaft und Möglichkeiten der Verantwortungsübernahme im Dorf haben.

Der abschließende Beitrag von *Birgit Franz* thematisiert die Rolle von Kommunen und Bürgerschaften bei der Implementierung von Baukultur. Hierbei plädiert sie neben der individuellen Berücksichtigung von Baukultur bei Einzelvorhaben vor allem für ein kooperatives Vorgehen aller Beteiligten in Verantwortung für den gegenwärtigen und

zukünftigen Bestand an Gebäuden. Entscheidend sind dabei Akteurskonstellationen und historisch wertvolle Schlüsselimmobilien. Anhand einer Fallstudie kann die Autorin herausarbeiten, welchen Beitrag interne und externe Ideengeber und Aktivisten haben können.

Die Beiträge betrachten die vielfältigen Lebensbereiche im Dorf und analysieren Organisationsstrukturen und Methoden der Dorfontwicklung und geben Antworten auf die Frage, wie die Übernahme von Verantwortung im und für das Dorf gelingen kann. Erfreulicherweise wurde den Promovierenden bei ihren Forschungen von Seiten der untersuchten Dörfer durchweg hohe Aufmerksamkeit und Interesse entgegengebracht – sie berichteten, wie herzlich sie aufgenommen und tatkräftig unterstützt wurden. Insofern konnte der Anspruch des Programms, seine Ergebnisse auch in die jeweiligen Gemeinden zu transferieren, erfüllt werden.

Verantwortungsübernahme und –teilung in ländlichen Räumen

Zora Becker, Lien Lammers und Martin Waßink

Kurzfassung

Dieser Artikel entstand im Kontext des Promotionsprogramms „Dörfer in Verantwortung – Chancengerechtigkeit in ländlichen Räumen sichern“ als Ergebnis der Auseinandersetzung mit den Ursachen regionaler Disparitäten. Der Fokus liegt hierbei auf der Übernahme von Verantwortung durch verschiedene Akteurinnen und Akteure in ländlichen Räumen. Unterschiedliche Perspektiven treffen dabei aufeinander: eine politische Perspektive auf die formelle Verantwortung der Kommunen, eine soziologische und gesellschaftliche Perspektive auf das Engagement und die Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Zudem wird eine regionalwissenschaftliche Perspektive bezüglich der Rahmenbedingungen der unterschiedlichen räumlichen Ebenen vorgestellt. Die Zusammenführung dieser Betrachtungsweisen gibt einen fachübergreifenden Einblick in die theoretischen Ausführungen zur praxisorientierten Übernahme und Teilung von Verantwortung in ländlichen Räumen.

1. Einleitung

“Wir haben eigentlich nicht über Verantwortung gesprochen, wir haben sie [einfach] gemacht!” Mit dieser etwas ungewöhnlichen handlungsorientierten Aussage antwortete einer der Initiatoren eines zivilgesellschaftlichen Netzwerks für Regionalentwicklung auf die Frage, wie in ihrem Netzwerk über Verantwortung gesprochen werde. Warum ist es aber bedeutsam, über Verantwortung nachzudenken?

Der Strukturwandel unserer Gesellschaft macht sich sozial (etwa in Form einer zunehmenden Individualisierung von Lebensstilen; FRANZEN 2008, 11), demographisch (durch Geburtenrückgang, einen Anstieg des Durchschnittsalters, verstärkte Migration) oder auch ökonomisch (z.B. durch Veränderungen in der Arbeitswelt als Folge der Globalisierung und Digitalisierung) bemerkbar. Diese gesellschaftlichen Transformationsprozesse halten für ländliche Räume spezifische Herausforderungen bereit. Der Abschlussbericht der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse beschreibt die derzeitigen Herausforderungen als “Querschnittsaufgabe[n]” (BUNDES-

MINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND HEIMAT 2019, 5), die auf unterschiedlichen Ebenen von Gebietskörperschaften liegen. Das Ziel ist es, durch staatliches Handeln zu erreichen, dass regionale Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen den heterogenen ländlichen Räumen nicht zu groß werden.

Um diesen Herausforderungen begegnen zu können, ist die Übernahme von Verantwortung durch verschiedene handelnde/handlungsbereite Personen notwendig. Da Akteurinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik in ihrem lokalen Umfeld und im Rahmen ihrer Möglichkeiten in ganz verschiedenen Gesellschaftsbereichen auf den Strukturwandel reagieren, ist es wichtig, sich mit Verantwortungsübernahme und -teilung grundlegend auseinanderzusetzen.

1.1. Heterogenität ländlicher Räume als Ausgangspunkt

Zur näheren Charakterisierung ländlicher Räume gibt es verschiedene Ansätze. Eine Klassifikationsmöglichkeit bietet der „Landatlas“ (vgl. OSIGUS, NEUMEIER & KÜPPER 2016). Hier können Kreisregionen und Gemeindeverbänden in sieben Klassen von „nicht ländlich“ bis „äußerst ländlich“ eingeordnet werden. Dies geschieht auf Basis einer statistischen Aufbereitung von fünf Indikatoren: der Siedlungsdichte, dem Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Fläche an der Gesamtfläche, dem Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an allen Wohngebäuden, dem regionalen Bevölkerungspotenzial sowie der Erreichbarkeit großer Zentren (KÜPPER 2016, 5). Die aus der Berechnung resultierenden unterschiedlichen Grade von „Ländlichkeit“ sind besonders relevant, weil sie die Versorgungslage mit wichtiger Infrastruktur beeinflussen: Das BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG (2019, 13f.) zeigte in einer Bestandsanalyse zur wohnortnahen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des alltäglichen Bedarfs, dass deutschlandweit starke Unterschiede zwischen Städten und ländlichen Räumen existieren. Als Basis der Berechnungen und Einstufung in sechs Kategorien diente ein Versorgungsindex des alltäglichen Bedarfs, der sechs Indikatoren (Entfernung zur nächstgelegenen Apotheke, Hausarztpraxis, Supermarkt, Grundschule, Oberschule und Haltestelle des öffentlichen Verkehrs mit mindestens zehn Abfahrten pro Tag) umfasst.

Aufgrund dieser so deutlichen Unterschiede in der Versorgungslage ergeben sich Fragen in der Organisation der Daseinsvorsorge, nach NEU (2009, 9f.) zu verstehen als (wohlfahrts-) staatliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit für das menschliche Dasein nötigen Infrastrukturgütern. Diese Fragen lassen sich differenzierter vor dem Hintergrund spezifischer Zugangsbedingungen und Bedarfe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen wie beispielsweise junger Menschen oder auch internationaler Mig-

rantinnen und Migranten betrachten. Diese Fragen gehen zudem einher mit einer Auseinandersetzung der Bereitstellung, Organisation und Schaffung von Zugang u.a. zu Bildung, Mobilität und sozialer Infrastruktur. Auch innerhalb von Regionen unterscheiden sich Ortschaften oder Milieus in Bezug auf technische und soziale Infrastruktur, vorhandene Dienstleistungen und Lebensverhältnisse. Wie attraktiv Orte auf dem Land für bestimmte Zielgruppen sind und wie dauerhafte Teilhabe ermöglicht werden kann, hängt nicht zuletzt von der Versorgungslage vor Ort ab. Allerdings können subjektiv empfundene Teilhabechancen von den objektiven Zahlen abweichen (vgl. BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG 2019, 6). Grundsätzlich ist es bedeutsam, die spezifischen subjektiven und objektiven Situationen in kleinen Städten und ländlichen Gemeinden mit ihren heterogenen Ausgangsbedingungen zu betrachten und Wege zur Erhaltung und Gestaltung von Wohn-, Wirtschafts- und Lebensräumen zu untersuchen (vgl. HARTEISEN 2016, 32).

1.2. Die Frage nach Verantwortung in ländlichen Räumen

Aus dem wissenschaftlichen und politischen Diskurs über Verantwortungsteilung in der Orts- und Regionalentwicklung heraus öffnet sich ein spannendes Feld in Bezug auf die Frage, wie die Gestaltung des Lebens in ländlichen Räumen zukünftig aussehen kann.

Dabei wird über die „Übernahme von Verantwortung“ durch die Bürgerinnen und Bürger in den jeweiligen Dörfern (BORN 2017a, 7), aber auch über die Stärkung der kommunalen Handlungsebene diskutiert. Hierbei sind einerseits die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen von „subjektive[r] Verantwortungseinlösung, -gestaltung und -sicherung von Daseinsvorsorge“ (KLIE & MARZLUFF 2012, 254f.) durch einzelne Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen. Andererseits müssen zur Lösung lokaler Herausforderungen auch „neue Steuerungsformen“ (u.a. BORN 2017b, 13ff) und damit die Zusammenarbeit und Verantwortungsteilung von Politik und Verwaltung mit Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft und der lokalen Wirtschaft in den Blick genommen werden. Dies wird seit längerem im Kontext von lokalen Governance-Ansätzen diskutiert. Über die lokale Ebene hinaus sollen nach Ansicht der Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse “Bund, Länder und Kommunen in gemeinsamer Verantwortung stehen – jetzt und in Zukunft“ (BUNDESMINISTERIUM DES INNERN, FÜR BAU UND HEIMAT 2019).

Dieser Beitrag gliedert sich wie folgt: Nach einem Forschungsüberblick zu Verantwortungsübernahme in ländlichen Räumen (Kapitel 2) folgt eine theoretische Annäherung an den Begriff der Verantwortung (Kapitel 3), bei dem analysiert wird, wer unter

welchen Bedingungen Verantwortung übernimmt. In Kapitel 4 wird anhand von praxisbezogenen Ansätzen die von vielen Akteurinnen und Akteuren postulierte Umsetzungsorientierung aufgegriffen und hinsichtlich unterschiedlicher (sozial)räumlicher Ebenen diskutiert. Grundlage dieser praxisorientierten Zusammenführung ist der inter- und transdisziplinäre Austausch aus drei Dissertationsprojekten zu Fragestellungen der Verantwortungsübernahme in ländlichen Räumen im Promotionsprogramm „Dörfer in Verantwortung - Chancengerechtigkeit in ländlichen Räumen sichern“.

2. Verantwortung in ländlichen Räumen: Stand der Forschung

Im Folgenden sollen wichtige Positionen, Entwicklungen und Kontroversen zur Verantwortungsübernahme und -teilung in ländlichen Räumen aufgezeigt werden. Da Verantwortung und ländliche Räume komplexe und interdisziplinäre Forschungsfelder darstellen, werden hierzu unterschiedliche raum- und sozialwissenschaftliche Zugänge gewählt.

2.1. Bürgerschaftliches Engagement als Verantwortungsübernahme

Was die „Übernahme von Verantwortung“ auf unterschiedlichen Ebenen in Dörfern betrifft (BORN 2017a, 7), lassen sich unterschiedliche Diskussionsstränge erkennen. Werden Verantwortlichkeiten für die Gestaltung des Lebensumfeldes in ländlichen Räumen an nichtstaatliche Akteure, also letztlich an die Einwohnerinnen und Einwohner eines Dorfes, einer Kommune oder einer Region, übertragen („Fremdresponsibilisierung“), ändern sich ihre Rolle und die Anforderungen an sie. Diese veränderte Rolle von Bürgerinnen und Bürgern wurde u.a. in England von GARLAND (1996) beobachtet.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Bürgerinitiativen oder losen zivilgesellschaftlichen Netzwerken – anders als bei „Fremdresponsibilisierung“ – aus Eigeninteresse selbst die Verantwortung für einzelne Bereiche der Daseinsvorsorge übernehmen, kann dies nach STEINFÜHRER (2015, 14) als „Selbstresponsibilisierung“ bezeichnet werden. Die Autorin illustriert die veränderten Akteursrollen lokalen Engagements am Beispiel der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge. Sie arbeitet heraus, dass einige Bürgerinnen und Bürger hier hohe Erwartungen an die öffentliche Hand und einen sie versorgenden Staat haben, andere aber aus Eigeninteresse zunehmend selbstbestimmt Verantwortung in ausgewählten Feldern der Daseinsvorsorge, der Sicherung der Lebensqualität und der allgemeinen Verbesserung der Situation übernehmen, also sich „selbst in die Pflicht nehmen“ bzw. „responsibilisieren“. Zugleich weist STEINFÜHRER (2015, 5) auf die dadurch steigenden Anforderungen an die Steuerungs- und Moderationsrolle der lokalen Verwaltungen hin.